



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
Analyses des votations fédérales  
Analisi delle votazioni federali

# ● Analyse der eidgenössischen ● Abstimmungen vom 3. März 2002

Hans Hirter, Wolf Linder

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
<b>Volksinitiative «Für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)»</b>	<b>1'489'062</b> <b>54.6%</b>	<b>1'237'725</b> <b>45.4%</b>
<b>Volksinitiative «Für eine kürzere Arbeitszeit»</b>	<b>685'002</b> <b>25.3%</b>	<b>2'021'078</b> <b>74.7%</b>
Stimmbeteiligung	57.4%	



GfS Forschungsinstitut  
Geschäftsbereich Politik und Staat  
Hirschengraben 5, 3011 Bern  
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19  
e-mail: gfs@gfs-be.ch

Universität Bern

Institut für Politikwissenschaft  
Lerchenweg 36, 3000 Bern 9  
Telefon 031 631 83 31, Telefax 031 631 85 90  
e-mail: hirter@ipw.unibe.ch

## Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Zürich/Bern) verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik, Universität Zürich.

## Institut für Politikwissenschaft Universität Bern (IPW)

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. Wolf Linder  
Analyse/Auswertung: Dr. Hans Hirter

## GfS-Forschungsinstitut, Abteilung «Politik und Staat» (Bern)

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp  
Projektleitung: Urs Bieri  
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally  
Telefonbefragung, Feldchef: Georges Ulrich  
CATI-Support: Dragan Ljubisavljevic  
EDV-Auswertung: Lukas Golder

## Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2002) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

## Zitierweise

Vorliegende Nummer: Hirter, Hans (2002): Analyse der eidg. Abstimmung vom 3. März 2002, VOX Nr. 76, GfS und IPW, Bern. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Die Bedeutung der Vorlagen, die Beteiligung und die Meinungsbildung ....</b>	<b>5</b>
1.1 Die Bedeutung der Vorlagen und die Partizipation.....	5
1.2 Die Meinungsbildung .....	7
<b>2. Die UNO-Initiative .....</b>	<b>9</b>
2.1 Die Ausgangslage .....	9
2.2 Die Wahrnehmung.....	9
2.3 Das Abstimmungsprofil.....	10
2.4 Die Entscheidungsmotive .....	15
2.5 Pro- und Kontra-Argumente .....	16
2.6 Ein Vergleich mit der UNO-Abstimmung von 1986.....	18
<b>3. Die Volksinitiative «für eine kürzere Arbeitszeit» .....</b>	<b>20</b>
3.1 Die Ausgangslage .....	20
3.2 Die Wahrnehmung.....	20
3.3 Das Abstimmungsprofil.....	21
3.4 Die Entscheidungsmotive .....	24
3.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	25
<b>4. Methodischer Steckbrief .....</b>	<b>27</b>
<b>5. Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 3. März 2002 .....</b>	<b>29</b>

*Tabelle 1.1: Abstimmungsergebnisse für die Schweiz und nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden*

<b>Kantone</b>	<b>Stimmbeteiligung in %</b>	<b>UNO % Ja</b>	<b>Arbeitszeit % Ja</b>
Schweiz	57.8	54.6	25.3
Zürich	58.5	59.8	25.6
Bern	57.1	56.4	23.4
Luzern	66.5	51.5	19.0
Uri	59.4	40.3	18.8
Schwyz	68.6	38.9	15.6
Obwalden	66.6	45.4	15.0
Nidwalden	68.9	46.5	15.0
Glarus	59.7	39.4	16.7
Zug	67.7	55.2	19.7
Freiburg	56.0	59.2	31.2
Solothurn	61.4	52.9	23.5
Basel-Stadt	62.8	64.1	31.4
Basel-Landschaft	59.4	58.8	24.5
Schaffhausen	72.6	45.4	24.8
Appenzell A. RH.	66.0	45.5	18.3
Appenzell I. RH.	66.1	32.5	10.4
St. Gallen	61.8	46.5	19.8
Graubünden	55.9	45.6	19.6
Aargau	58.4	48.9	21.6
Thurgau	58.8	43.2	17.5
Tessin	49.8	41.3	37.6
Waadt	46.5	63.5	33.2
Wallis	49.4	51.5	23.4
Neuenburg	65.9	65.2	38.2
Genf	60.3	66.9	38.6
Jura	53.8	63.1	42.1

Quelle: <http://www.admin.ch>

# 1. Die Bedeutung der Vorlagen, die Beteiligung und die Meinungsbildung

## 1.1 Die Bedeutung der Vorlagen und die Partizipation

Am 3. März 2002 kamen zwei Volksinitiativen zu Abstimmung. Die eine war von einem aus Einzelpersonen zusammengesetzten Komitee eingereicht worden und verlangte den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen (UNO), die andere stammte vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund und forderte die schrittweise Reduktion der Jahresarbeitszeit auf eine wöchentliche Normalarbeitszeit von 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich für die meisten Beschäftigten. Bei beiden Initiativen folgten die Stimmenden der Empfehlung von Regierung und Parlament: sie hiessen den UNO-Beitritt mit einem Ja-Stimmenanteil von 54,6% und dem knappstmöglichen Ständemehr gut und lehnten die 36-Stunden-Woche sehr deutlich ab.

Tabelle 1.1: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlagen durch die Stimmberechtigten

Bedeutung für ...	UNO		Arbeitszeit	
	das Land in %	sich selbst in %	das Land in %	sich selbst in %
Sehr klein (0, 1) <sup>a</sup>	2	9	7	15
Klein (2–4)	5	10	16	21
Mittel (5)	11	21	24	24
Gross (6–8)	38	36	35	28
Sehr gross (9, 10)	44	24	18	12
Mittel <sup>a</sup>	7.8	6.3	6.0	5.0

<sup>a</sup> Die Werte beschreiben das arithmetische Mittel der Einschätzung durch die Stimmberechtigten. Die Befragten konnten die Bedeutung auf einer Skala von 0 bis 10 angeben. 0 steht für «bedeutungslos» und 10 für «von sehr grosser Bedeutung».  
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.

Die UNO-Abstimmung wurde als für die Schweiz sehr bedeutend, aber doch nicht ganz so wichtig wie die beiden letzten Abstimmungen zu europapolitischen Themen (Bilateralen Verträge vom Mai 2000 und Volksinitiative für einen EU-Beitritt vom März 2001) eingeschätzt. Differenzen in der Beurteilung zwischen den einzelnen sozialen und ideologischen Gruppen waren sehr gering resp. nicht vorhanden. So waren sich insbesondere alle Alters- und Bildungsgruppen einig. Deckungsgleich war auch die Einschätzung der nationalen Bedeutung durch diejenigen Personen, welche die Traditionen der Schweiz hochhalten möchten und diejenigen, welche eine vermehrte Öffnung anstreben. Nicht ganz den Erwartungen entsprechend erkannten der AUNS nahe stehende Personen der Beitrittsfrage weniger Wichtigkeit zu als die restlichen Stimmberechtigten: 16% von ihnen massen dem Entscheid keine oder nur eine geringe Bedeutung zu und nur 64% (gegenüber 82% aller Bürgerinnen und Bürger) sahen darin eine für die Schweiz wichtige oder sehr wichtige Frage.

Auch die Bedeutung der Arbeitszeitinitiative wurde sehr homogen beurteilt. Obwohl Vollerwerbstätige davon stärker betroffen gewesen wären als Teilzeitbeschäftigte, unterschieden sich die beiden Gruppen in der Einschätzung der persönlichen Bedeutung nicht voneinander. Von den Nichterwerbstätigen wurde die Bedeutung – sowohl für die Schweiz als auch für sich persönlich – etwas höher eingeschätzt. Es könnte sich dabei um eine Wirkung der Kontra-Propaganda handeln, welche stark auf die Gefahr von reduzierten Öffnungszeiten und Dienstleistungen (z.B. im Gesundheitsbereich) hingewiesen hat.

Tabelle 1.2: Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen

<i>Merkmale/Kategorien</i>	<i>Teilnahme in %</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelations- koeffizient<sup>a</sup></i>
Total Vox (gewichtet)	57	1008	
<i>Interesse an der Politik</i>			V = 0.44***
Sehr interessiert	88	133	
Ziemlich interessiert	72	421	
Eigentlich nicht interessiert	42	296	
Überhaupt nicht interessiert	22	145	
<i>Alter</i>			V = 0.20***
18 bis 29 Jahre	37	134	
30 bis 39 Jahre	53	195	
40 bis 49 Jahre	59	198	
50 bis 59 Jahre	59	161	
60 bis 69 Jahre	71	157	
70 Jahre und darüber	64	163	
<i>Ausbildung</i>			V = 0.19***
Obligatorische Schulzeit	42	168	
Lehre	56	503	
Matur/Lehrerseminar	67	60	
Fachschule	71	94	
Fachhochschule	69	75	
Universität	66	101	
<i>Sprache</i>			V = 0.12***
deutsch	62	687	
französisch	50	258	
<i>Wohnort</i>			n.s.
<i>Geschlecht</i>			n.s.
<i>pro/kontra Öffnung der Schweiz</i>			n.s.
<i>Parteisympathie</i>			n.s.
<i>Mitgliedschaft / Nähe zu Gewerkschaften etc.</i>			n.s.

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».  
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.

Die Beteiligung von 57,8% war die höchste seit der Abstimmung über den EWR im Jahr 1992 (78,7%). Sie lag deutlich über den Werten der letzten Abstimmungen über den UNO-Beitritt von 1986 (50,7%) und über die bilateralen Verträge vom 21. Mai 2000 (48,3%). Erwartungsgemäss war die Beteiligung abhängig vom Alter, vom Bildungsniveau, der Sprache und vor allem vom politischen Interesse. Frauen haben sich genauso häufig beteiligt wie Männer. Personen, welche gegen eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz sind, liessen sich durch die UNO-Initiative nicht stärker mobilisieren als die Befürworter einer Öffnung. Bei beiden Gruppen war die Beteiligung aber signifikant höher als bei denjenigen, welche bei dieser Frage keine eindeutige Stellung beziehen. Die hohe Beteiligung kam nicht durch eine Mobilisierung derjenigen zustande, die sich praktisch nie an Abstimmungen beteiligen; diese bleiben auch bei der UNO-Abstimmung zu Hause. Deutlich höher als sonst war hingegen die Partizipation von Stimmberechtigten, die ab und zu bei Volksabstimmungen mitmachen.<sup>1</sup>

## 1.2 Die Meinungsbildung

### 1.21 Die Kenntnis der Vorlagen

Der Initiative für den UNO-Beitritt wurde nicht nur eine grosse Bedeutung zugemessen, sie war auch sehr gut bekannt. 93% aller Stimmberechtigten konnten sich in der Nachbefragung (d.h. bis maximal zwei Wochen nach dem Abstimmungstag) spontan an dieses Thema erinnern. Bei der Arbeitszeitinitiative waren dies nur 63%. Das gleiche Bild ergibt sich bei einer Beschränkung auf solche, welche effektiv an der Abstimmung teilgenommen haben. Von diesen nannten praktisch alle (98%) die UNO-Initiative und nur 73% die Initiative für die 36-Stunden-Woche. Welche Inhalte dieser Vorlagen bekannt waren bzw. wie diese interpretiert wurden, werden wir unten bei der Analyse der einzelnen Abstimmungen darstellen.

### 1.22 Die Entscheidungsschwierigkeit und der Zeitpunkt des Stimmenscheids

Verglichen mit früheren Volksabstimmungen gaben überdurchschnittlich viel Stimmende an, dass ihnen diesmal der Entscheid eher leicht gefallen sei. Bei der UNO-Mitgliedschaft war dies für 77% der Fall, bei der Volksinitiative für die Arbeitszeitverkürzung sogar für 80% (siehe Tab. 1.3).<sup>2</sup> Letzterer Wert mag aus zwei Gründen erstaunen: Erstens stand diese Initiative in den Medien total im Schatten der Auseinandersetzung über die UNO-Initiative und zweitens war das vorgeschlagene Modell für die Umsetzung (Jahresarbeitszeit mit variabler Wochenarbeitszeit und Lohngarantie bis zu bestimmten Grenzwerten) recht kompliziert. Es waren vor allem die Gegner der Initiative, welche sich mit dem Entscheid eher leicht taten (87%); dies mag stark mit der Radikalität der Initiative zusammenhängen. Beim UNO-Beitritt fiel der Entscheid den Befürwortern deutlich leichter als den Gegnern. Rund doppelt so viele Nein-Stimmende als Ja-Stimmende fanden es eher schwer, sich zu einem Urteil durchzuringen (26% resp. 13%).

<sup>1</sup> Im Vergleich mit einer Abstimmung mit durchschnittlicher Beteiligung (24. Sept. 2000) stiegen die Beteiligungsraten bei Personen, die nie oder selten teilnehmen, um einen Prozentpunkt, bei den gelegentlichen Urnengängern um 16 und bei den regelmässigen Teilnehmenden um 3 Prozentpunkte.

<sup>2</sup> Die Angabe der Entscheidungsschwierigkeiten aller Stimmberechtigten macht wenig Sinn, da sich die Nichtteilnehmenden gar nicht entscheiden mussten und zudem oft gar nicht wissen, worüber abgestimmt worden ist.

Tabelle 1.3: Datum der Stimmentscheidung und Schwierigkeit bei der Meinungsbildung (in %). Nur Teilnehmende

	UNO	Arbeitszeit
<i>Zeitpunkt des Stimmentscheids (N = 736)</i>		
Mehr als 6 Wochen vor der Abstimmung	67	70
3 bis 6 Wochen vor der Abstimmung	14	13
1 bis 2 Wochen vor der Abstimmung	12	11
Einige Tage vor der Abstimmung	7	6
<i>Schwierigkeit der Entscheidung<sup>a</sup> (N = 736)</i>		
Eher einfache Entscheidung	77	80
Eher schwierige Entscheidung	20	15

<sup>a</sup> Das Total liegt unter 100%, da «weiss nicht» und «keine Antwort» in der Tabelle nicht aufgeführt sind.  
 © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.

Für mehr als zwei Drittel der Stimmenden (67% bei der UNO-Initiative und 70% bei der Arbeitszeitverkürzungsinitiative) war der Entscheid schon mindestens sechs Wochen vor dem Urnengang klar. Verglichen mit anderen Volksabstimmungen sind dies aussergewöhnlich hohe Werte. So bewegten sich diese Anteile bei den fünf Themen des letzten Urnengangs (2. Dezember 2001) zwischen 29% (Energiesteuer) und 42% (Schweiz ohne Armee). Zu dieser frühen Meinungsbildung mag beigetragen haben, dass es sich in beiden Fällen nicht um neue Themen handelte. Zu beiden hatten bereits früher Volksabstimmungen stattgefunden und beide waren in den Medien auch unabhängig von den jetzt zum Entscheid vorliegenden Volksinitiativen immer wieder diskutiert worden: Die UNO-Frage etwa im Zusammenhang mit der seit Ende der 80er Jahre stattfindenden Neuorientierung der schweizerischen Aussenpolitik, die Frage einer Arbeitszeitverkürzung generell während der Rezession der 90er Jahre und zudem immer wieder im Zusammenhang mit Verhandlungen über neue Gesamtarbeitsverträge in der Wirtschaft. Bei der Kampagne zur UNO-Abstimmung fiel auf, dass die befürwortenden Komitees mit ihrer Werbung in der Presse und mit Plakaten bereits sehr früh eingesetzt hatten, die Gegner aber in der Schlussphase eher ein Übergewicht zu haben schienen. Ein Einfluss der unterschiedlichen Terminierung der Abstimmungskampagnen auf die Stimmentscheidung kann aufgrund dieser Nachbefragung jedoch nicht nachgewiesen werden. Der Anteil der Gegner ist zwar bei denjenigen, welche sich ihre Meinung erst in den beiden letzten Wochen vor der Abstimmung gemacht haben, etwas höher als bei den früher entschlossenen, die Differenz ist aber statistisch nicht signifikant.

Rund drei von fünf Personen (59%) gaben ihre Stimme auf dem brieflichen Weg ab; in der Deutschschweiz, wo dies praktisch in allen Kantonen ohne besonderen Aufwand möglich ist, waren es sogar 66%. Dabei spielte es keine Rolle, ob jemand fast nie, ab und zu oder fast immer an Volksabstimmungen teilnimmt: bei allen ist die briefliche Stimmabgabe gleich populär. Die wichtigsten Informationsmittel waren wie üblich die Presseartikel (von 88% der Teilnehmenden genutzt), das Fernsehen (77%), das Radio (68%) und das vom Bundesrat herausgegebene Informationsheft (Bundesbüchlein; 63%). Recht oft für die Meinungsbildung verwendet wurden auch die Leserbriefseiten in den Zeitun-

gen (61%). Zwischen den Befürwortern und den Gegnern eines UNO-Beitritts bestehen bezüglich der Nutzung der Informationsmedien keine Unterschiede. Das Internet schliesslich bleibt in den Abstimmungskampagnen ein Medium für eine kleine Minderheit von 7%. Bei den unter 30jährigen Stimmenden sind es immerhin rund doppelt so viele. Aber auch sie verwendeten das Internet eindeutig als Komplementärquelle neben anderen Informationsträgern. Für alle Altersklassen gilt: wer sich Abstimmungsinformationen aus dem Internet holt, nutzt häufiger als andere eine grosse Anzahl von verschiedenen Medien zur Meinungsbildung.

## 2. Die UNO-Initiative

### 2.1 Die Ausgangslage

Die Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)» war 1998 von einem aus Personen von verschiedenen Parteien gebildeten Komitee lanciert und im März 2000 eingereicht worden. Der Bundesrat begrüsst die Volksinitiative, welche vollständig auf der Linie seiner eigenen aussenpolitischen Strategie lag, und empfahl sie zur Annahme. Dass die Regierung den Vorschlag nicht selbst gemacht hatte, hing mit der Abfuhr zusammen, welche Volk und Stände 1986 ihrem Antrag auf einen UNO-Beitritt erteilt hatten. Gegen den Widerstand der SVP empfahl auch das Parlament die Zustimmung zur Initiative. In der Abstimmungskampagne fand sie bei allen Parteien mit Ausnahme der SVP und den kleinen Rechtsausenparteien (SD, EDU, Lega) Unterstützung. Im Gegensatz zur UNO-Abstimmung von 1986 stellten sich diesmal auch alle Kantonalsektionen der FDP und der CVP hinter die Ja-Parole. Der Wirtschaftsverband *economiesuisse*, welcher sich 1986 noch neutral verhalten hatte, setzte sich diesmal an vorderster Front für den UNO-Beitritt ein und trug massgeblich zur Finanzierung der Ja-Propaganda bei. Die Kampagne gegen die Initiative wurde vor allem von der AUNS, der SVP und ihnen nahestehenden Kreisen getragen.

### 2.2 Die Wahrnehmung

Der Anteil der Stimmberechtigten, der keine Ahnung hatte, um was es bei der UNO-Abstimmung ging, war mit 19% relativ bescheiden. Die heftige Diskussion in der Öffentlichkeit und auch die wenig komplexe Fragestellung mögen dazu beigetragen haben. Von denjenigen, welche ihre Stimme abgegeben haben, konnten oder wollten in der Nachbefragung 11% keine Angaben zum Inhalt machen. Mit einem Anteil von 67% (74% bei den Teilnehmenden) wurde der konkrete Inhalt der Volksinitiative (UNO-Beitritt der Schweiz) weitaus am häufigsten genannt. Relativ oft wurden auch nicht der Beitritt an sich, sondern Argumente, welche für einen solchen sprechen, erwähnt (z.B. «der Schweiz ein Mitbestimmungsrecht in der UNO sichern»).

Tabelle 2.1: UNO-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung <sup>a</sup>	alle Befragten %	nur Teilnehmende %	nur Nicht- teilnehmende %	(n)
Allgemeines (z.B. UNO)	6	5	7	59
Beitritt zur UNO	67	74	57	674
Negative Auswirkungen	2	2	2	21
Positive Auswirkungen	12	14	9	120
Anderes	2	2	2	22
Weiss nicht / keine Antwort	19	11	29	188

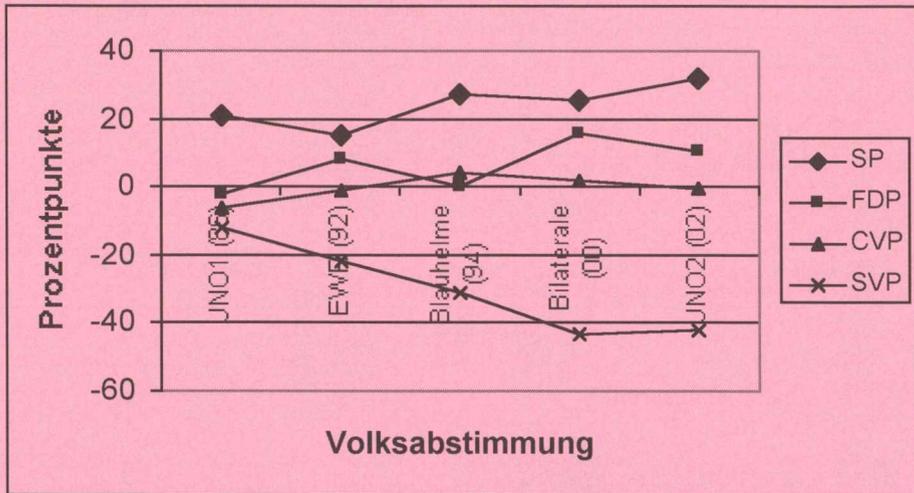
<sup>a</sup> Weil Mehrfachnennungen erlaubt waren, übersteigt das Total der Prozente 100%  
 © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.

### 2.3 Das Abstimmungsprofil

Das Stimmverhalten wurde vor allem von den politisch-ideologischen Einstellungen und weniger von soziodemographischen Merkmalen beeinflusst. Von allen getesteten Variablen hat die Einstellung zur Forderung nach einer «Öffnung der Schweiz gegen aussen» die grösste Wirkung gezeigt. Dieser Befund ist zwar nicht gerade eine Tautologie, aber doch wenig erstaunlich, da im öffentlichen Diskurs der Begriff «Öffnung der Schweiz» oft ganz spezifisch mit der Mitgliedschaft in der UNO und der EU gleichgesetzt wird. Die Bereitschaft, dem UNO-Beitritt zuzustimmen, wurde zudem sehr stark von den parteipolitischen Präferenzen bestimmt. Mitglieder und Sympathisanten der SP legten fast geschlossen ein Ja in die Urne (90%), Anhängerinnen und Anhänger der SVP fast ebenso einheitlich ein Nein (84%).<sup>3</sup> Eine deutliche Zustimmung für den UNO-Beitritt gab es bei den potentiellen FDP-Wählern (69%), während das Ja bei den CVP-Sympathisanten etwas knapper ausfiel, mit 58% aber immer noch über dem gesamtschweizerischen Mittel lag. Einmal mehr bestätigte sich damit, dass in Fragen der Aussenpolitik die Trennlinie, welche die politischen Parteien voneinander scheidet, nicht, wie bei den meisten innenpolitischen Themen, zwischen der Linken und der Rechten, sondern zwischen der SVP und den drei übrigen Bundesratsparteien liegt. Dabei ist der Abstand zwischen der SVP und den beiden anderen bürgerlichen Parteien konstant gewachsen. Wie der Grafik 1 zu entnehmen ist, betrug er in den 80er Jahren (1. UNO-Abstimmung) rund 10%, in den 90er Jahren (EWR, Blauhelme) 20–30% und in den neuesten Abstimmungen über 40%.

<sup>3</sup> Wie die SVP-nahen Personen der Kantone Bern und Graubünden, wo die SVP die Ja-Parole ausgegeben hatte, gestimmt haben, kann aufgrund der zu kleinen Fallzahl nicht analysiert werden.

Grafik 1: Parteisympathisanten – Abweichung vom Mittelwert der vier Bundesratsparteien seit 1986 (Prozentpunkte)



© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.

Dass die Zustimmung zum UNO-Beitritt bei der CVP schwächer ausgefallen ist als bei der FDP, kann weitgehend auf die unterschiedliche soziale Zusammensetzung der Anhängerschaft der beiden Parteien zurückgeführt werden. Die bei ausserpolitischen Abstimmungen jeweils wichtigsten soziologischen Variablen sind die formale Bildung und die Siedlungsform. Bei der UNO-Abstimmung vom 3. März ergab sich einzig bei den Personen mit Grundschul- oder Lehrabschluss sowie bei den Landbewohnern eine Nein-Mehrheit (siehe Tab. 2.3). Genau diese beiden Gruppen sind bei der CVP-Anhängerschaft übervertreten. Eine genauere Analyse zeigt denn auch, dass die Angehörigen der verschiedenen Bildungsstufen und Siedlungsformen bei der CVP und der FDP fast gleich gestimmt haben. Dabei haben sich sowohl Personen aus den unteren Bildungsklassen als auch Landbewohner, die mit einer dieser beiden Parteien sympathisieren, signifikant beitriffreundlicher verhalten als solche, welche der SVP nahe stehen.<sup>4</sup>

Nicht ganz so stark wie die Parteibindung wirkte sich die Einstufung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala aus. Zwar stimmten Linke mit grosser Mehrheit (78%) für und Rechte mit fast ebenso grosser Mehrheit (65% Nein) gegen die Initiative. Der Unterschied zwischen den beiden Gruppen ist aber deutlich kleiner als zwischen den Anhängern der SP einerseits und der SVP andererseits. Mehrheitlich abgelehnt wurde der UNO-Beitritt zudem von Personen mit geringem politischen Interesse. Ähnlich wie bei der EWR-Abstimmung von 1992 und der Entscheidung über die Bilateralen Verträge mit der

<sup>4</sup> Diese Analyse deckt sich mit den Ergebnissen der VOX-Befragung zur EWR-Abstimmung. Sie gilt nur im nationalen Rahmen. Ob und wie stark davon im regionalen Bereich abgewichen wird, lässt sich aufgrund der zu geringen Fallzahl nicht beurteilen.

Tabella 2.2: UNO-Initiative – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>b</sup>	(n)	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
Total VOX (gewichtet)	55	696	
<i>Öffnung / Abschottung</i>			V = 0.59***
Für eine Öffnung der Schweiz	80	407	
Gemischte Wertvorstellungen	21	223	
Für eine Abschottung der Schweiz	18	57	
<i>Parteisympathie</i>			V = 0.41***
SP	90	96	
CVP	(58)	45	
FDP	69	58	
SVP	16	106	
keine Partei	52	250	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			V = 0.33***
Linksausen	78	54	
Links	78	102	
Mitte	61	269	
Rechts	35	116	
Rechtsausen	34	53	
<i>Interesse an der Politik</i>			V = 0.16**
Sehr interessiert	66	136	
Ziemlich interessiert	56	366	
Eigentlich nicht interessiert	49	150	
Überhaupt nicht interessiert	(26)	32	
<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».			
<sup>b</sup> Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.			
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.			

EU war diese aussenpolitische Skepsis der politisch Uninteressierten nur in der Deutschschweiz auszumachen. In der Romandie stimmten sie nicht anders als politisch Interessierte.

Obwohl für die AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) die Verhinderung eines UNO-Beitritts seit ihrer Gründung zu den Hauptzielen gehört (sie war nach der UNO-Abstimmung von 1986 aus den Reihen des Kontra-Komitees entstanden), vermochte sie ihre Sympathisanten nur teilweise hinter sich zu scharen. Mehr als jeder dritte Abstimmungsteilnehmer (36%), welcher der AUNS angehört oder sich zumindest eine Mitgliedschaft vorstellen könnte, legte ein Ja zum UNO-Beitritt in die Urne. Da die AUNS als Organisation eigentlich erst mit der EWR-Abstimmung ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt ist, ist es möglich, dass sich die heutigen AUNS-Sympathisanten

primär wegen deren Haltung in der EU-Frage zu dieser hingezogen fühlen. Ein Indiz dafür wäre auch, dass AUNS-Anhänger der UNO-Abstimmung weniger Bedeutung zumassen als die übrigen Befragten (siehe oben). Auf jeden Fall lassen es die Daten dieser VOX-Erhebung nicht zu, die Anhängerschaft der AUNS als aussenpolitische Stosstruppe der SVP zu bezeichnen.<sup>5</sup>

Wie meistens bei aussenpolitischen Volksabstimmungen war auch das Regierungsvertrauen von Bedeutung. Personen ohne Vertrauen lehnten einen UNO-Beitritt mit Zweidrittelmehrheit ab. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich das Misstrauen in die Regierung oft gerade mit der grundsätzlichen Opposition zu deren Aussenpolitik begründet.

Die gesellschaftlichen Merkmale wirkten sich weniger stark aus als die politisch-ideologischen. Wie üblich bei aussenpolitischen Abstimmungen, spielte die formale Bildung eine grosse Rolle. Wer lediglich über einen Grundschulabschluss verfügt, lehnte am deutlichsten ab (41% Ja). Anders als bei den Bilateralen Abkommen mit der EU, wo sich die Argumente enger auf die wirtschaftlichen Auswirkungen bezogen haben, standen beim UNO-Beitritt auch Personen mit einer Berufslehre mehrheitlich im Nein-Lager (45% Ja).<sup>6</sup> Am meisten Zustimmung fand der UNO-Beitritt bei Personen mit einem Universitätsabschluss: vier von fünf hiessen ihn gut. Eng korreliert mit der formalen Bildung ist die Einkommensverteilung. Es erstaunt deshalb nicht, dass der UNO-Beitritt von Personen mit unterdurchschnittlichem Einkommen mehrheitlich abgelehnt und von der Gruppe mit den höchsten Einkommen am deutlichsten angenommen wurde.

Die VOX-Befragung bestätigt den bereits am Abstimmungssonntag feststellbaren Befund, dass die französischsprachige Schweiz und die städtischen Siedlungen deutlicher zugestimmt haben als die deutsche und vor allem die italienische Schweiz und die ländlichen Gebiete. Verglichen mit den Abstimmungen zu europapolitischen Themen ist freilich der Graben zwischen der Romandie und der Deutschschweiz mit einem Abstand von neun Prozentpunkten nicht besonders tief. Der Stadt-Land-Gegensatz gilt nur für die Deutschschweiz, wo er vor allem zwischen den Grossstädten und den ländlichen Gemeinden mit Zustimmungsraten von 64% resp. 40% stark ausgeprägt ist. Obwohl die beiden Variablen formale Bildung und Siedlungsform miteinander korrelieren (höhere Bildungsschichten sind in den Städten, Personen mit Grundschul- oder Lehrabschluss auf dem Lande überproportional vertreten), wirkten sich beide unabhängig voneinander auf den Abstimmungsentscheid aus. So lehnten in den ländlichen Regionen der Deutschschweiz die tieferen Bildungsschichten den UNO-Beitritt signifikant deutlicher ab als in den städtischen Gebieten.

<sup>5</sup> Diese Einschätzung wird auch von der Analyse der Argumente bestätigt. So waren nur 42% der AUNS-Sympathisanten, jedoch 62% der SVP-Sympathisanten der Meinung, dass der UNO-Beitritt die Neutralität verletze.

<sup>6</sup> Siehe Hirter, Hans / Linder, Wolf, VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 21. Mai 2000, Bern 2000, S. 15.

Tabelle 2.3: UNO-Initiative – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Ja <sup>b</sup>	(n)	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
Total VOX (gewichtet)	55	696	
<i>Ausbildung</i>			V = 0.29***
Obligatorische Schulzeit	41	81	
Berufslehre	46	350	
Matur/Lehrerseminar	(57)	48	
Fachschule	69	78	
Fachhochschule	69	62	
Universität	79	76	
<i>Einkommen (Fr. je Monat / Haushalt)</i>			V = 0.24***
unter 3000	45	64	
3000–5000	47	166	
5000–7000	56	176	
7000–9000	65	99	
mehr als 9000	78	89	
<i>Wohnort</i>			V = 0.16***
Grossstadt	67	157	
Mittelgrosse Stadt oder Agglomerations- gemeinde	57	282	
Land	46	259	
<i>Sprachregion</i>			V = 0.10*
Deutschschweiz	53	510	
Romandie	62	155	
Italienischsprachige Schweiz	(40)	30	
<i>Alter</i>			n.s.
<i>Geschlecht</i>			n.s.
<i>Konfession</i>			n.s.

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».  
<sup>b</sup> Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.  
 © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.

Keine Bedeutung für den Abstimmungsentscheid hatte die Konfession, das Geschlecht und das Alter. Der Meinungsumschwung seit der letzten UNO-Abstimmung von 1986 lässt sich also nicht damit erklären, dass seit damals eine UNO-skeptische Altersgruppe durch eine neue, beitriffsfreundliche Generation ersetzt worden sei. Die über 60jährigen stimmten am 3. März mehrheitlich mit Ja und damit nicht anders als die unter 40jährigen (vgl. dazu auch unten, Vergleich der beiden UNO-Abstimmungen).

## 2.4 Die Entscheidungsmotive

Bei den von den Ja-Stimmenden spontan, d.h. ohne vorgegebene Kategorien geäusserten Antworten auf die Frage nach den Entscheidungsmotiven ist die Angst vor einer politischen Isolierung der Schweiz bei einem weiteren Fernbleiben von der UNO dominant. Gut jeder zweite Beitritts-Befürworter erwähnte dieses Argument, von 40% wurde es an erster Stelle genannt. Für rund jede dritte Person, welche dieses Entscheidungsmotiv angab, schwang durchaus eine etwas resignierte Note mit, indem sie erwähnte, dass ein Abseitsstehen gar nicht mehr möglich sei. Allgemeine Argumente wie «ein Beitritt ist logisch» oder «der Zeitpunkt für einen Beitritt ist gekommen» wurden von 33% der Ja-Stimmenden erwähnt. Für einen Viertel der Befürwortenden stand nicht eine mehr oder weniger passive Anpassung an die weltpolitischen Verhältnisse im Vordergrund, sondern die Möglichkeit, dass die Schweiz aktiv ihre Solidarität beweisen und Verantwortung übernehmen solle.

Obwohl die Erfahrung zeigt, dass die Frage der Kosten bei Volksabstimmungen jeweils eine wichtige Rolle spielt, erscheinen damit verbundenen Motive bei den Befürwortern bloss an vierter Stelle (19%). Das in der Pro-Kampagne dominante Argument, dass die Schweiz an die UNO und ihre Unterorganisationen nicht nur wie bisher bezahlen, sondern auch über die Ausgaben mitbestimmen soll, wurde explizit von 17% der Ja-Stimmenden spontan geäussert. Die verschiedenen soziodemografischen und politischen Gruppen unterscheiden sich bezüglich ihrer Entscheidungsmotive überhaupt nicht oder nur geringfügig; die Reihenfolge der Motive nach ihrer Bedeutung ist überall die gleiche.

Mehr als die Hälfte der Gegner eines UNO-Beitritts gaben als Motiv für ihre Nein-Stimme allgemeine Gründe an. Dazu gehören Feststellungen, dass ein Beitritt nicht nötig sei (10%) oder dass man den Diplomaten oder dem Bundesrat misstrau (6%), vor allem aber oft sehr emotional geäusserte Urteile («ist ein Blödsinn» und ähnliches). Derartige Unmutsbekenntnisse wurden von 41% der Nein-Stimmenden spontan als Entscheidungsmotiv vorgebracht. Am zweithäufigsten erschien das Kostenargument, d.h. dass ein Beitritt zu teuer sei. Dieses Motiv wird von 30% aller Nein-Stimmenden erwähnt; 18% nennen es an erster Stelle. Nahezu gleich wichtig war für die Gegner der Initiative die Gefahr eines Verlusts der schweizerischen Neutralität. Für fast jeden fünften Beitrittsgegner war die Angst vor einer Fremdbestimmung der Schweiz ein wichtiger Grund, die Vorlage abzulehnen. Die Kritik an der UNO selbst, und dabei in erster Linie an der Stellung der USA in dieser Organisation, war für 11% der Nein-Stimmenden wegleitend. Diese Kritik an der UNO und dabei vor allem an der als dominierend empfundenen Position der USA war insbesondere in der französischsprachigen Schweiz wichtig. Es war hier das zweitwichtigste Motiv (36%), während es in der übrigen Schweiz nur gerade für 8% der Gegner eine Rolle spielte. Umgekehrt hatte die in der Deutschschweiz wichtige Furcht vor einem Verlust der Neutralität für die Nein stimmenden Romands kaum Bedeutung.

Tabelle 2.4: UNO-Initiative – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Alle Nennungen in % der Antwortenden <sup>a</sup>	Nur Erstnennung in %
<b>JA-Stimmende</b>		
Gegen die Isolation der Schweiz	51	40
Allgemeines (ist wichtig, sinnvoll)	33	21
Für eine international solidarische Schweiz	26	16
Bezug auf finanzielle Aspekte (nicht nur zahlen)	19	10
UNO ist eine gute Organisation	6	2
Anderes (v. a. ist gut für Wirtschaft)	11	7
Weiss nicht, falscher Grund	2	2
<b>NEIN-Stimmende</b>		
Allgemeines (ist schlecht, unnötig etc.)	54	45
Zu hohe finanzielle Lasten	30	18
Verletzt Neutralität	28	17
Verlust der schweizerischen Autonomie	18	9
Kritik an UNO	11	8
Anderes	9	4
Weiss nicht, falscher Grund	1	1
<sup>a</sup> Es waren 2 Antworten möglich. Insgesamt haben 437/254 befragte Ja-/Nein-Stimmende geantwortet. Weil mehrere Antworten möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an. © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.		

## 2.5 Pro- und Kontra-Argumente

Als Ergänzung zu den oben dargestellten spontan genannten Motiven legten wir den Befragten auch je drei während der Kampagne vorgebrachte Pro- und Kontra-Argumente zur Stellungnahme vor. Dies erlaubt es, einerseits die Motivstruktur der Stimmenden verfeinert zu bestimmen und andererseits die Überzeugungskraft der in der Kampagne vorgebrachten Argumente zu testen.

Am weitesten liegen die Meinungen der Befürworter und der Gegner eines UNO-Beitritts bei denjenigen Pro-Argumenten auseinander, welche sich mit dem Ansehen der Schweiz im Ausland und eventuellen Konsequenzen daraus befassten. Vier von fünf Ja-Stimmenden, aber nur jeder sechste Beitrittsgegner glauben, dass vom Ausland das Abseitsstehen der Schweiz negativ beurteilt wird. Entsprechend ist denn auch eine klare Mehrheit der Beitrittsbefürworter (83%), aber nur gerade 12% der Gegner davon überzeugt, dass sich dieser Schritt für die Schweiz positiv auswirken wird. Das in der Abstimmungskampagne stark betonte Pro-Argument, dass die Schweiz an die UNO und ihre Unterorganisationen nicht nur bezahlen, sondern in ihnen auch mitbestimmen soll, fand in beiden Lagern eine deutliche Mehrheit (94% resp. 61%). Dass dies aber nur bei einer Vollmitgliedschaft möglich ist, vermochte nicht alle, welche diesem Argument zustimmten, zu überzeugen: nur 65% derjenigen, welche damit einverstanden waren, legten auch ein Ja in die Urne (siehe Spalte «Konsistenz» in Tab. 2.5).

Tabelle 2.5: UNO-Initiative – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Einver- standen	Nicht einv.	Weiss nicht	Konsistenz <sup>a</sup>
<b>Pro-Argumente</b>					
«Die Schweiz soll bei der UNO und ihren Organisationen nicht nur zahlen, sondern auch mitbestimmen»	Total	79	18	3	65
	Ja	94	4	2	
	Nein	61	35	4	
«Die Schweiz profitiert vom UNO-Beitritt»	Total	51	38	11	89
	Ja	83	8	9	
	Nein	12	75	13	
«Es ist schlecht für das Ansehen der Schweiz, wenn sie als einziges Land neben dem Vatikan der UNO nicht angehört»	Total	52	44	4	85
	Ja	81	16	3	
	Nein	17	77	6	
<b>Kontra-Argumente</b>					
«Der UNO-Beitritt ist zu teuer»	Total	47	44	9	76
	Ja	21	68	11	
	Nein	19	14	7	
«Der UNO-Beitritt verstösst gegen unsere Neutralität»	Total	28	63	9	93
	Ja	3	94	3	
	Nein	58	26	16	
«Der UNO-Beitritt würde die humanitären Aktionen des Roten Kreuzes und anderer schweizerischer Hilfswerke im Ausland gefährden»	Total	17	71	12	83
	Ja	5	90	5	
	Nein	30	49	21	
Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 79% aller Stimmenden (94% der Ja-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument zu, 18% (4%) lehnten es ab und 3% (2%) konnten sich nicht entscheiden. n = Gesamtheit der Stimmenden = 694.					
<sup>a</sup> Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.					
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.					

Von den hier getesteten Kontra-Argumenten vermochte nur das Kostenargument bei der Gesamtheit der Stimmenden mit 47% eine immerhin relative Mehrheit zu erzielen. Die gegenüber früher offenere Interpretation der Neutralitätspolitik durch den Bundesrat ist offenbar mehrheitsfähig geworden. Das Argument, dass der UNO-Beitritt eine Neutralitätsaufgabe bedeute, war selbst bei den Gegnern stark umstritten: nur 58% waren damit einverstanden, während 26% es ablehnten und weitere 16% sich nicht festlegen wollten. Interessant ist dabei, dass die Frage der Beurteilung und Auslegung der schweizerischen Neutralität keine Generationenfrage ist. Trotz unterschiedlichen Lebenserfahrungen sahen ältere Stimmende die Neutralität durch einen UNO-Beitritt nicht stärker gefährdet als die Jungen. Die Frage, ob ein Mitmachen bei der UNO mit der Neutralität vereinbar sei, ist nur schwach mit der Wertschätzung der Schweizer Armee verknüpft. Zwar liegt der Anteil derjenigen, welche eine Neutralitätsverletzung konstatieren, bei den Befürwortern einer starken Armee mit 36% über dem Gesamtdurchschnitt von 28%. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass dies allein durch die Sympathisanten der SVP verursacht wird, wo für 62% der Befürworter einer starken Armee die Neutra-

lilität gefährdet ist. Bei der Anhängerschaft der beiden anderen bürgerlichen Bundesratsparteien liegen diese Anteile bei 24% (CVP) resp. 22% (FDP).

Noch weniger Anklang als das Neutralitätsargument fand bei den Beitrittsgegnern die in vielen Zeitungsinseraten verkündete These, dass durch das Mitmachen der Schweiz bei der UNO-Generalversammlung die humanitären internationalen Aktionen der Hilfswerke beeinträchtigt würden: jeder zweite Nein-Stimmende war damit nicht einverstanden. Die Behauptung, dass die Tätigkeit der humanitären Organisationen durch einen UNO-Beitritt Schaden erleiden könnte, richtete sich insbesondere an Personen, welche diesen Hilfswerken nahe stehen. Sie kam bei ihnen aber nicht nur schlechter an als bei den übrigen Stimmenden, sondern zeigte bei ihnen auch weniger Wirkung auf den Stimmentscheid: Wer den Hilfswerken nahe steht und eine Gefährdung derer Aktivitäten befürchtete, votierte trotzdem eher für den UNO-Beitritt als Personen, welche den humanitären Organisationen fern stehen.

## 2.6 Ein Vergleich mit der UNO-Abstimmung von 1986

Vor ziemlich genau 17 Jahren hatten die Schweizer Stimmberechtigten bei einer etwas geringeren Beteiligung (51%) die Frage nach einem UNO-Beitritt im Verhältnis eins zu drei abgelehnt. Das Ja-Lager ist seit dieser Abstimmung um fast eine Million Stimmen von 511'713 auf 1'489'062 angewachsen, während die Nein-Stimmen von 1'591'150 auf 1'237'727 geschrumpft sind. In diesem Abschnitt soll abgeklärt werden, ob sich mit den VOX-Daten zu den beiden Abstimmungen Ursachen für diesen eindrucklichen Meinungswandel feststellen lassen.

Ein naheliegender Erklärungsansatz wäre der, dass die natürliche Veränderung des Elektorats, d.h. das Ausscheiden von älteren Wählern und das Hinzukommen von Jungen, welche bei der ersten Abstimmung das Stimmrecht noch nicht ausüben konnten, eine Rolle gespielt hat. Dieser Erklärungsversuch bietet sich auch deshalb an, weil allgemein davon ausgegangen wird, dass die für den UNO-Beitritt zentrale Neutralitätsfrage für Personen, welche die Bedrohungslage im zweiten Weltkrieg miterlebt haben, eine grössere emotionale Bedeutung hat als für Spätergeborene. Die These ist jedoch falsch. Sowohl 1986 wie auch bei der jetzigen Abstimmung unterscheiden sich die verschiedenen Altersgruppen in ihrem Abstimmungsverhalten nicht.

Die Analyse der übrigen sozialen Merkmale wie Ausbildung, Sprachregion, Siedlungsform, Geschlecht ergibt einen auf den ersten Blick etwas widersprüchlichen Befund: Auf der einen Seite hat die Zustimmungsrates ausnahmslos in allen Kategorien (Grundschul- und Universitätsabsolventen, Deutschschweiz und Romandie, Grossstädte und Dörfer, Männer und Frauen) massiv um Werte von meist 20–30 Prozentpunkten zugenommen. Auf der anderen Seite sind aber diese Zunahmen zum Teil so unterschiedlich ausgefallen, dass sich Gräben im Abstimmungsverhalten feststellen lassen, welche 1986 noch nicht vorhanden waren. Das krassste Beispiel ist die sich in der Deutschschweiz öffnende Schere zwischen den grossstädtischen Regionen und den Landgebieten, welche sich bei der Abstimmung von 1986 noch kaum voneinander unterschieden hatten. Da der Ja-Stimmenanteil in den grossen Städten der deutschen Schweiz um 36 Prozentpunkte, in

den ländlichen Gebiete aber bloss um 20 angestiegen ist, liegt heute signifikant anderes Stimmverhalten vor. Ähnlich, wenn auch in bescheidenerem Masse haben sich die Deutschschweiz und die Romandie voneinander weg entwickelt. Der bereits bei der ersten UNO-Abstimmung vorhandene Graben zwischen den verschiedenen Bildungsklassen ist erhalten geblieben, hat sich aber immerhin nicht weiter vertieft. Verschwunden ist hingegen der noch 1986 konstatierte Verhaltensunterschied zwischen Frauen (welche damals stärker zugestimmt haben) und Männern.

Eine wesentliche Veränderung im Abstimmungsverhalten ergab sich bei den Sympathisanten der Bundesratsparteien. An den beiden Polen, der SP und der SVP, hat sich die positive resp. negative Haltung zu einem UNO-Beitritt noch akzentuiert (SP von 54% Ja auf 90%, SVP von 79% Nein auf 84%). Die SVP, deren Sympathisantenkreis sich seit 1986 markant ausgedehnt hat, ist zweifellos auch zu einem Sammelbecken aussenpolitischer Skeptiker und Isolationisten geworden. Bei der FDP und der CVP, deren nationale Parteiführungen bereits 1986 die Ja-Parole ausgegeben hatten, fand jedoch ein richtiggehender Meinungsumschwung statt: der Ja-Anteil stieg bei ihrer Anhängerschaft von 31% auf 69% (FDP) resp. von 27% auf 58% (CVP). Ein Teil dieser Zuwächse mag mit dem diesmal geschlossenen Auftreten dieser Parteien in Zusammenhang stehen (1986 hatte über die Hälfte der Kantonalparteien ein Nein empfohlen<sup>7</sup>). Das diesmal einheitliche Erscheinungsbild der FDP und der CVP reicht aber für die Erklärung des Abstimmungsergebnisses vom 3. März nicht aus. Auch bei Stimmenden ohne Sympathie zu einer bestimmten Partei nahm der Anteil der Beitrittsbefürworter massiv, nämlich von 14% auf 50%, zu.

Die Argumente der Beitrittsgegner unterschieden sich 1986 nicht gross von den jetzt vorgebrachten. Bereits damals wurden die hohen Kosten vor der Angst um den Verlust der Neutralität an erster Stelle genannt. Die Kritik an der Tätigkeit der UNO selbst hat hingegen im Vergleich zu 1986 bei den Gegnern an Bedeutung verloren. Bei den Ja-Stimmenden spiegelt der Wandel der Argumentationsstruktur die Veränderung ihrer Zusammensetzung. Bei den 1986 vorwiegend aus der politischen Linken stammenden Beitrittsbefürwortern stand die Idee einer Schweiz als aktiven Mitspielerin im Rahmen der internationalen Solidarität im Vordergrund. Bei den wesentlich breiter gestreuten Beitrittsbefürwortern von 2002 dominierte die Angst vor einer Isolation der Schweiz, wenn sie den Vereinten Nationen weiterhin fernbleibt. Wie stark diese Befürchtung mit politischen Ereignissen der 90er Jahre wie dem innern und äusseren Wachstum der EU und den Angriffen auf die Schweiz im Zusammenhang mit ihrem Verhalten während des 2. Weltkriegs zusammenhängt, lässt sich aufgrund der VOX-Daten nicht beantworten.

Beim Kontra-Argument, dass ein UNO-Beitritt gegen die Neutralität der Schweiz verstösst, fand während der vergangenen 17 Jahre ein breites Umdenken statt. Während 1986 noch 54% aller Teilnehmenden diese Frage bejahten, waren es nun bloss noch 28%. Sogar die Beitrittsgegner haben diesbezüglich an Sicherheit verloren: statt 76% teilten nur noch 58% diese Meinung.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Année politique 1986, Bern 1987, S. 43.

<sup>8</sup> Andere in den VOX-Analysen erhobene Meinungen zu bestimmten abstimmungsrelevanten Aussagen lassen sich nur beschränkt vergleichen, da sich diese Aussagen jeweils an der konkreten Abstimmungspropaganda orientieren.

### 3. Die Volksinitiative «für eine kürzere Arbeitszeit»

#### 3.1 Die Ausgangslage

Die Ende 1999 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) eingereichte Volksinitiative forderte die schrittweise Reduktion der maximal erlaubten Jahresarbeitszeit, bis sie einer durchschnittlichen wöchentlichen Normalarbeitszeit von 36 Stunden entspricht. Für die meisten Beschäftigten (alle mit Monatseinkommen bis rund 7800 Fr.) sollte diese Kürzung ohne Lohneinbussen erfolgen. Bei der Lancierung (1998, mitten in der Wirtschaftskrise) hatte das Argument, dass damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, im Zentrum der Argumentation des SGB gestanden. Im Rahmen der Abstimmungskampagne wurden jetzt die Vorteile einer kürzeren Arbeitszeit für das soziale Leben und die Gesundheit der Beschäftigten betont. Der Bundesrat und das Parlament empfahlen die Ablehnung. Die Gegner (bürgerliche Parteien und Unternehmerorganisationen) kritisierten, dass sich die Wirtschaft eine derart massive Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich nicht leisten könne, und dass damit die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz erheblich verschlechtert würde. Selbst bei den Arbeitnehmerorganisationen war das Begehren des SGB wegen der Radikalität der Forderung und wegen des neuen Prinzips der Jahres- anstelle der herkömmlichen Wochenarbeitszeit umstritten. Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund und der Dachverband der Angestelltenverbände gaben die Stimme frei und die eng mit Westschweizer SGB-Gewerkschaften verbundene PdA empfahl die Ablehnung.

#### 3.2 Die Wahrnehmung

Tabelle 3.1: Arbeitszeit-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung <sup>a</sup>	alle Befragten %	nur Teilnehmende %	nur Nicht-teilnehmende %	(n)
Bezug auf Allgemeines	1	1	2	13
Verkürzung der Arbeitszeit	74	83	63	750
Bezug auf negative Auswirkungen	1	1	1	13
Bezug auf positive Auswirkungen	3	3	2	26
Anderes	5	5	5	53
Weiss nicht / keine Antwort	17	8	29	169

<sup>a</sup> Weil Mehrfachnennungen erlaubt waren, übersteigt das Total der Prozente 100%.  
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.

In Anbetracht dessen, dass das Hauptinteresse der Volksabstimmung vom 3. März der UNO-Initiative galt, waren die von uns ermittelten Kenntnisse über den Inhalt der Vorlage über die Reduktion der Arbeitszeit sehr gut. Da wir jedoch oben festgestellt haben, dass sich in der Nachbefragung nur noch 73% der Teilnehmenden an diese Vorlage erinnern konnten, vermuten wir, dass sich unter den 83%, welche den Inhalt dieser Initiati-

ve richtig wiedergaben, viele befinden, welche nur deshalb korrekt antworteten, weil ihnen vor der Kenntnisfrage der Titel der Initiative (Arbeitszeitverkürzung) mitgeteilt worden ist. Immerhin vermochten gut zwei Drittel der Teilnehmenden präzise anzugeben, dass es um die Einführung der 36-Stunden-Woche ging.

### 3.3 Das Abstimmungsprofil

Der Entscheid über die Arbeitszeitinitiative wurde von politischen und ideologischen Faktoren wesentlich stärker geprägt als von sozialen Merkmalen. Am stärksten wirkte sich die Einordnung auf einer Links/Rechts-Skala aus. Wer sich der äusseren Linken zuordnet, stimmte der Initiative zu 71% zu. Diese äussere Linke war, zusammen mit den Sympathisanten der SP, denn auch die einzige Gruppe, welche mehrheitlich Ja stimmte. Aber bereits die SP-Anhängerschaft war mit einem Ja-Anteil von lediglich 57% eigentlich gespalten. Von den Sympathisanten der bürgerlichen Regierungsparteien wurde die Arbeitszeitverkürzung sehr deutlich abgelehnt. Dass sie bei den SVP-Sympathisanten etwas besser abschnitt als bei den Anhängern der FDP und vor allem der CVP, bedarf einer Erklärung. Wir vermuten, dass es sich bei diesen 17% Ja-Stimmenden weitgehend um Personen handelt, welche der SVP allein wegen deren aussenpolitischer Haltung nahe stehen. Ein Indiz dafür ist ihr Stimmverhalten bei der UNO-Initiative: sie haben den UNO-Beitritt zu fast 90% und damit noch deutlicher als der Durchschnitt der SVP-Sympathisanten abgelehnt. Von durchschnittlichen SVP-Anhängern unterscheiden sie sich zudem darin, dass sie staatlichen Interventionen in die Wirtschaft viel positiver gegenüberstehen und dass mehr als die Hälfte von ihnen sich als gewerkschaftsnahe bezeichnet (bei der Gesamtheit der SVP-Sympathisanten sind dies nur 18%).

Die Arbeitszeitverkürzungsinitiative des Gewerkschaftsbunds erzielte bei den Mitgliedern und Sympathisanten von Gewerkschaften und Angestelltenverbänden mit 44% resp. 38% Ja ein überdurchschnittlich gutes Resultat, aber für eine zustimmende Mehrheit reichte es nicht einmal bei diesen. Im Vorfeld der Abstimmung hatten sich in der französischsprachigen Schweiz nicht wenige Gewerkschaften (und auch die PdA) von der Initiative distanziert, weil diese den Arbeitgebern Mittel zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeit in die Hand geben würde. Das schlechte Abschneiden der SGB-Initiative bei ihren eigenen Mitgliedern und Sympathisanten ist aber nicht auf diese Absetzbewegung zurückzuführen. Die Ja-Anteile waren in der Romandie sowohl bei den Gewerkschaftern als auch bei den sich als links einstuftenden Personen durchwegs deutlich höher als in der Deutschschweiz.

Die Wertepreferenzen wirkten sich weniger stark aus als die Nähe zu politischen Organisationen. Am stärksten ist der Zusammenhang mit dem Wertepaar Staatsinterventionismus / Wirtschaftsfreiheit, wo 46% derjenigen, welche sich für starke Staatseingriffe in die Wirtschaft aussprechen, die Initiative unterstützten.

Tabelle 3.2: Arbeitszeit-Initiative – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

<i>Merkmale/Kategorien</i>	<i>% Ja<sup>b</sup></i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient<sup>a</sup></i>
Total VOX (gewichtet)	25	689	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			<i>V = 0.46***</i>
Linksausssen	71	66	
Links	46	110	
Mitte	16	267	
Rechts	10	108	
Rechtsausssen	(12)	49	
<i>Parteisympathie</i>			<i>V = 0.34***</i>
SP	57	111	
CVP	(9)	46	
FDP	7	58	
SVP	17	94	
keine Partei	20	238	
<i>Mitgliedschaft in Gewerkschaft</i>			<i>V = 0.27***</i>
aktiv, passiv oder vorstellbar	44	183	
nicht vorstellbar	18	489	
<i>Staatsinterventionismus / Wettbewerb</i>			<i>V = 0.22***</i>
Für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft	46	78	
Gemischte Wertvorstellungen	28	214	
Für freien Wettbewerb	17	349	
<i>Mitgliedschaft in Angestelltenverband</i>			<i>V = 0.21***</i>
aktiv, passiv oder vorstellbar	38	198	
nicht vorstellbar	19	471	
<p><sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».</p> <p><sup>b</sup> Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.</p> <p>© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.</p>			

Tabelle 3.3: Arbeitszeit-Initiative – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

<i>Merkmale/Kategorien</i>	<i>% Ja<sup>b</sup></i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelations- koeffizient<sup>a</sup></i>
Total VOX (gewichtet)	25	689	
<i>Alter</i>			<i>V = 0.21***</i>
18 bis 29 Jahre	26	61	
30 bis 39 Jahre	34	128	
40 bis 49 Jahre	35	137	
50 bis 59 Jahre	25	114	
60 bis 69 Jahre	20	125	
70 Jahre und darüber	9	124	
<i>Erbwerbstätig</i>			<i>V = 0.20***</i>
ja	32	388	
nein	15	297	
<i>Ausbildung</i>			<i>V = 0.14*</i>
Obligatorische Schulzeit	21	77	
Berufslehre	21	335	
Matur/Lehrerseminar	(30)	47	
Fachschule	24	82	
Fachhochschule	36	67	
Universität	35	80	
<i>Sprachregion</i>			<i>V = 0.10*</i>
Deutschschweiz	22	504	
Romandie	33	154	
Italienischsprachige Schweiz	(27)	30	
<i>Berufliche Position</i>			<i>n.S.</i>
<i>Geschlecht</i>			<i>n.S.</i>
<i>Einkommen</i>			<i>n.S.</i>
<i>Konfession</i>			<i>n.S.</i>
<i>Wohnort</i>			<i>n.S.</i>

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».

<sup>b</sup> Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.

Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Gruppen wirkte sich nur schwach auf das Stimmverhalten aus. Am deutlichsten war der Zusammenhang mit dem Alter, wo die über 70jährigen die Initiative massiver ablehnten (9%) und die 30- bis 50jährigen ihr überdurchschnittlich oft zustimmten (35%). Dieses relativ gute Resultat bei der Altersklasse 30–50 Jahre darf aber nicht ausschliesslich als Wirkung der Ja-Kampagne interpretiert werden, welche die Vorteile einer kürzeren Arbeitszeit für Familien mit Kindern in den Vordergrund gestellt hatte. Es waren nicht die Verheirateten, sondern die Ledigen dieser Altersgruppe, welche eine Arbeitszeitverkürzung überdurchschnittlich unterstützten; den Spitzenwert erreichte sie bei den Ledigen im Alter von 30 bis 50 Jahren mit einem Ja-Anteil von 44%.

Erwerbstätige haben der Volksinitiative häufiger zugestimmt als Nichterwerbstätige. Dieser Effekt ist aber weitgehend von der unterschiedlichen Altersstruktur der beiden Gruppen verursacht. Bei den unter 60jährigen besteht kein signifikanter Unterschied zwischen Erwerbs- und Nichterwerbstätigen. Kein Unterschied besteht auch in Bezug auf den Grad der Erwerbstätigkeit. Personen, welche eine Vollzeitstelle von 40 oder mehr Stunden besetzen, sprachen sich nicht häufiger für die 36-Stunden-Initiative aus als solche, welche bereits heute eine kürzere Arbeitszeit haben. Personen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss haben schliesslich die Volksinitiative etwas weniger deutlich abgelehnt als Personen mit Grundschulabschluss, Berufs- oder Fachschule, und die Romands stimmten etwas öfter Ja als die Deutschschweizer.

Die Initiative der Gewerkschaften hätte wohl auch nicht besser abgeschnitten, wenn über sie nicht zusammen mit der stark mobilisierenden UNO-Vorlage, sondern an einem Abstimmungssonntag mit einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung entschieden worden wäre. Teilnehmende, welche angaben, sonst nur gelegentlich abzustimmen, wichen in ihrem Urteil über die Arbeitszeitinitiative nicht von den regelmässigen Urnengängern ab.

### 3.4 Die Entscheidungsmotive

Mehr als die Hälfte der Befürworter der Initiative stellten Vorteile für den Einzelnen resp. für sich selbst in den Vordergrund. Dabei hielten sich die Erwartung von mehr Ferien und Freizeit einerseits und von mehr Zeit für das Zusammensein mit der Familie andererseits mit 18% resp. 16% die Waage. Die vor allem bei der Lancierung der Initiative von den Gewerkschaften vorgebrachte Idee, dass mit der Arbeitszeitverkürzung mehr Stellen geschaffen könnten, wurde immerhin noch von mehr als jedem Dritten Ja-Stimmenden als Entscheidungsmotiv angegeben. Relativ häufig erklärten Befürworter, taktisch gestimmt zu haben (13%). Man hiess zwar nicht die verlangte 36-Stunden-Woche gut, wollte der Initiative aber zu einem möglichst guten Resultat verhelfen, um die Forderung nach einer Senkung der Arbeitszeit zu unterstützen.

Die Gegner machten es sich mit der Begründung ihres Entscheids etwas einfacher: mehr als die Hälfte von ihnen erwähnte allgemeine Gründe wie «ist schlecht», «ist unrealistisch» etc. Obwohl die Nennung mehrerer Entscheidungsmotive gewünscht war, beschränkte

sich jeder vierte Nein-Stimmende auf derartige unspezifische Argumente. 43% der Gegner der Initiative begründeten ihren Entscheid mit wirtschaftspolitischen Argumenten. Dabei dominierte die Furcht, dass die schweizerische Wirtschaft an internationaler Wettbewerbsfähigkeit einbüßen könnte. Rund jeder dritte Nein-Stimmende motivierte seinen Entscheid damit, dass die verlangte Arbeitszeitverkürzung sich negativ für die Beschäftigten auswirken würde. Dabei standen drei Argumente mit je rund 10% Nennungen im Vordergrund: mehr Stress am Arbeitsplatz, Lohneinbussen und zuviel Freizeit sei ungesund. Dabei erstaunt es nicht, dass dieses letzte Argument vor allem von den Rentnerinnen und Rentnern genannt wurde.

*Tabelle 3.4: Arbeitszeit-Initiative – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)*

<i>Spontan geäußerte Gründe für den Entscheid</i>	<i>Alle Nennungen in % der Antwortenden<sup>a</sup></i>	<i>Nur Erstnennung in %</i>
<b>JA-Stimmende</b>		
Ist gut für Arbeitnehmer (mehr Freizeit, gut für Familie)	53	41
Ist gut für die gesamte Wirtschaft (v. a. schafft Arbeitsplätze)	36	23
Allgemeines (v. a. geht in gute Richtung)	23	20
Anderes (v. a. taktische Stimmabgabe)	14	12
Weiss nicht, falscher Grund	4	4
<b>NEIN-Stimmende</b>		
Allgemeines (ist schlecht, unrealistisch etc.)	56	49
Ist schlecht für die Wirtschaft	43	26
Ist schlecht für Arbeitnehmer (Lohnabbau, zuviel Freizeit)	32	18
Gegen staatliche Regelung	5	3
Anderes	6	2
Weiss nicht, falscher Grund	1	1

<sup>a</sup> Es waren 2 Antworten möglich. Insgesamt haben 169/513 befragte Ja-/Nein-Stimmende geantwortet. Weil mehrere Antworten möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an.  
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.

### 3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Das in der Abstimmungskampagne zentrale Argument der Befürworter, dass sich die von der Initiative verlangte Verkürzung der Normalarbeitszeit günstig auf das Familienleben der Betroffenen auswirken würde, schnitt von den hier getesteten Pro-Argumenten am besten ab. 41% der Abstimmungsteilnehmenden waren damit einverstanden. Allerdings war es wenig ausschlaggebend für den individuellen Abstimmungsentscheid. Der in Tab. 3.5 angegebene Konsistenzgrad von 51% besagt, dass nur jede zweite Person, welche diesem Argument zustimmte, auch ein Ja in die Urne legte.

Tabelle 3.5: Arbeitszeit-Initiative – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Einver- standen	Nicht einv.	Weiss nicht	Konsistenz <sup>a</sup>
<b>Pro-Argumente</b>					
«Die von der Initiative verlangte Verkürzung der Arbeitszeit würde sich positiv auf das Familienleben der Betroffenen auswirken»	Total	41	48	11	51
	Ja	84	8	8	
	Nein	27	61	12	
«Die Wirtschaft wird immer leistungsfähiger. Sie ist deshalb in der Lage, die von der Initiative verlangte Verkürzung der Arbeitszeit zu verkraften»	Total	27	60	13	66
	Ja	69	17	14	
	Nein	12	75	13	
«Die von der Initiative verlangte Verkürzung der Arbeitszeit würde die Arbeitslosigkeit bekämpfen, weil dann die Arbeit besser verteilt ist»	Total	24	68	8	70
	Ja	69	20	11	
	Nein	10	83	7	
<b>Kontra-Argumente</b>					
«Eine Verkürzung der Arbeitszeit bringt für den Einzelnen / die Einzelne nur mehr Stress am Arbeitsplatz»	Total	66	25	8	90
	Ja	28	64	11	
	Nein	80	13	7	
«Die normale Arbeitszeit soll nicht vom Staat bestimmt, sondern von den Sozialpartnern ausgehandelt werden»	Total	64	20	16	83
	Ja	44	32	24	
	Nein	70	16	14	
«Die von der Initiative verlangte Arbeitszeitverkürzung würde zur Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland führen»	Total	36	44	20	91
	Ja	13	69	18	
	Nein	43	36	21	
Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 41% aller Stimmenden (resp. 84% der Ja-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument zu, 48% (8%) lehnten es ab und 11% (8%) konnten sich nicht entscheiden. n = Gesamtheit der Stimmenden = 688.					
<sup>a</sup> Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.					
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002.					

Die beiden anderen hier getesteten Pro-Argumente fanden bei der Gesamtheit der Stimmenden nur geringe Zustimmung. Die von der Linken immer wieder vorgebrachte Idee, dass durch eine Arbeitszeitverkürzung die Arbeit auf mehr Personen verteilt würde, war nicht einmal bei der SP-Anhängerschaft und den gewerkschaftsnahen Personen mehrheitsfähig. Die beiden Pro-Argumente schnitten sogar bei den Ja-Stimmenden relativ schlecht ab: Je ein knappes Drittel von ihnen war nicht überzeugt, dass mit der Initiative ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet werden könnte, und dass die Wirtschaft in der Lage wäre, die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnabbau zu verkraften.

Von den hier überprüften Kontra-Argumenten vermochte vor allem dasjenige zu überzeugen, das vor zusätzlichem Stress am Arbeitsplatz bei kürzeren Arbeitszeiten warnte.

Bei einer durchschnittlichen Zustimmungsrate von 66% wurde dieser Ansicht insbesondere von Personen aus der Deutschschweiz und von Personen mit einer Berufslehre stark zugestimmt. Zwischen Erwerbs- und Nichterwerbstätigen wie auch zwischen den verschiedenen Altersklassen bestanden hingegen keine Unterschiede.

Nicht nur eine klare Mehrheit der Nein-Stimmenden (70%), sondern auch eine relative Mehrheit der Ja-Stimmenden erklärte sich mit dem Argument einverstanden, dass die Regelarbeitszeit nicht vom Staat bestimmt, sondern von den Sozialpartnern ausgehandelt werden soll. Erstaunlicherweise – wenn man sich die Nähe zu Frankreich mit seiner staatsinterventionistischen Politik, auch gerade bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung, vor Augen hält – ist bei diesem Argument die Zustimmungsrate in der Romandie mit 75% deutlich höher als in der Deutschschweiz (60%). Ob jemand einer Gewerkschaft nahe steht oder nicht, spielte hingegen für die Beurteilung dieses Arguments keine Rolle. Allerdings war die Meinung zu dieser Frage entscheidend für das Abstimmungsverhalten der Gewerkschaftsmitglieder und -sympathisanten. Wer sich für die Priorität von Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern aussprach, lehnte die Initiative zu 67% ab, wer für staatliche Vorschriften plädierte, stimmte ihr mit einem Anteil von 70% zu. Ähnlich entscheidend wirkte sich die Akzeptanz dieses Arguments auch bei den Mitgliedern und Sympathisanten von Angestelltenorganisationen aus.

Nur wenig beeindruckt liessen sich die Stimmenden von der Prophezeiung, dass die Einführung der 36-Stunden-Woche zu einer Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland führen würde. Nur gut ein Drittel insgesamt und nicht einmal die Mehrheit der Nein-Stimmenden waren mit dieser Aussage einverstanden. Dabei fiel das Urteil innerhalb der einzelnen politischen und sozialen Gruppen recht homogen aus. Sogar bei Personen, welche einem Arbeitgeber- oder Gewerbeverband angehören oder nahe stehen, ergab sich keine zustimmende Mehrheit für das Argument der Arbeitsplatzauslagerung.

## 4. Methodischer Steckbrief

Der vorliegende Bericht beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 3. März 2002 durch. Die Analyse wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen.

Die Befragung wurde von 44 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern, und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren, wobei auf der ersten Stufe (Sprachregionen) eine proportionale Schichtung vorgenommen wurde. Hierfür bildeten die offiziellen Statistiken des Jahres 1994 die Grundlage. Auf der zweiten Stufe (Haushalte) erfolgte eine Zufallsauswahl aus dem elektronischen Telefonverzeichnis der Swisscom. Die Auswahl auf der dritten Stufe (stimmberechtigte Personen aus dem jeweiligen Haushalt) erfolgte nach dem «Geburtsstagenprinzip». Die Stichprobe betrug 1010, wobei mit Stimmberechtigten, die sich nicht an der

Volksabstimmung beteiligt hatten, nur ein Teil des Interviews durchgeführt wurde. Von den ursprünglich ausgewählten 4403 Adressen wären 3111 für ein Interview in Frage gekommen. Davon verweigerten 1039 die Befragung und 1062 Interviews konnten nicht durchgeführt werden, weil im Haushalt keine Zielperson mehr vorhanden war. Die Verweigerungsquote belief sich auf 52%; d.h. 48% der ursprünglich geplanten Interviews konnten durchgeführt und verwendet werden.<sup>9</sup>

Die Bestimmung des Signifikanzniveaus stützt sich auf den Unabhängigkeitstest mittels Chi-Quadrat. Dabei bedeutet \* eine Signifikanz von unter 0.05, \*\* eine solche von unter 0.01 und \*\*\* eine solche von unter 0.001. Im ersteren Fall heisst dies, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen zufällig entstanden ist, unter fünf Prozent liegt, im letzten Fall wäre diese Wahrscheinlichkeit bei weniger als einem Promille. Alle Beziehungen zwischen zwei Variablen mit einem Signifikanzwert von über 0.05 sind gemäss statistischen Konventionen für die Sozialwissenschaft als nicht signifikant anzusehen. Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient von Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von 0 von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von 1 von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nur unter Vorbehalt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl verwendet wird.

Die gesellschaftliche Repräsentativität ist weitgehend gewährleistet. Die Abweichung beim Geschlecht beträgt maximal 2%, was innerhalb des Stichprobenfehlers liegt. Grösser ist die Abweichung bei den Altersklassen, wo die im Allgemeinen schwerer erreichbaren unter 40jährigen zu schwach (-9%) vertreten sind. Wie immer sind die AbstimmungsteilnehmerInnen in der Stichprobe übervertreten. Die Abweichung von der realen Abstimmungsbeteiligung bewegt sich mit 15% im Rahmen früherer VOX-Analysen.<sup>10</sup> In der Umfrage ist der Anteil der Befragten, welche angaben, der UNO-Initiative zugestimmt zu haben, um acht Prozentpunkte zu hoch ausgefallen. Bei der 36-Stunden-Woche-Initiative betrug diese Abweichung -4 Prozentpunkte. Wir haben, wie seit der VOX-Analyse Nr. 70 üblich, für die Durchführung bestimmter Berechnungen Gewichtungsfaktoren für die Beteiligung resp. das Abstimmungsverhalten verwendet.<sup>11</sup>

Die Grösse der Stichprobe (1010 Personen) ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50%:50% einen Stichprobenfehler von +/-3.1 Prozentpunkten. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, z.B. bei den gut 700 AbstimmungsteilnehmerInnen in der vorliegenden Untersuchung auf +/-3.8. Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler (z.B. bei einem Ergebnis von rund 70%:30% auf +/-3.4 und bei 80%:20% auf +/-3.0).

<sup>9</sup> Vgl. dazu und zu weiteren technischen Angaben Longchamp, C., Bieri, U., Golder, L., Ulrich, G., Technischer Bericht zur VOX-Analyse Nr. 76 vom 3. März 2002, Bern 2002, S. 10-11 und 18-19.

<sup>10</sup> Wenn von denjenigen ausgegangen wird, welche eine Angabe zu ihrem Abstimmungsentscheid machen, reduziert sich die Übervertretung auf 11 Prozentpunkte.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Longchamp, a.a.O., S. 25-28.

## 5. Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 3. März 2002

Am 3. März 2002 entschieden die Stimmberechtigten über zwei Volksinitiativen. Die eine war von einem aus Einzelpersonen zusammengesetzten Komitee eingereicht worden und verlangte den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen (UNO), die andere stammte vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund und forderte die schrittweise Reduktion der Jahresarbeitszeit auf eine wöchentliche Normalarbeitszeit von 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich für die meisten Beschäftigten. Bei beiden Initiativen folgten die Stimmenden der Empfehlung von Regierung und Parlament: sie hiessen den UNO-Beitritt mit einem Ja-Stimmenanteil von 54,6% und dem knappstmöglichen Ständemehr gut und lehnten die 36-Stunden-Woche sehr deutlich ab.

Die Abstimmungsbeteiligung war mit 57,4% so hoch wie nie mehr seit dem Entscheid über den EWR-Beitritt von 1992. Anlass für diese ausserordentliche Mobilisierung war die UNO-Initiative. Dabei kann man nicht sagen, dass eine der beiden Konfliktparteien besser als die andere mobilisiert hätte. Sowohl Anhänger einer aussenpolitischen Öffnung der Schweiz wie auch Vertreter einer isolationistischen Politik nahmen gleich häufig teil. Die Stimmberechtigten haben der UNO-Abstimmung eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung für die Schweiz zugemessen. Allerdings wurde sie als weniger wichtig eingeschätzt als die beiden letzten europapolitischen Abstimmungen (Bilaterale Verträge und Initiative Ja zu Europa). Im Vergleich zu anderen Abstimmungen fiel die Meinungsbildung überdurchschnittlich vielen leicht und war für die Mehrheit schon lange vor der Abstimmung abgeschlossen. Für mehr als zwei Drittel der Stimmenden war der Entscheid sowohl bei der UNO- als auch bei der Arbeitszeit-Initiative bereits mehr als sechs Wochen vor dem Abstimmungssonntag klar. Der Anteil an Frühentschiedenen war damit rund doppelt so gross wie sonst bei Volksabstimmungen. Für diese Meinungsbildung behielten die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorliebe für die traditionellen Informationsquellen (Presse, TV, Radio, Abstimmungsbroschüre des Bundesrates) bei; auch die Leserbriefseiten der Zeitungen wurden recht häufig genutzt.

### Die UNO-Initiative

Grundsätzlich zeigten sich bei der UNO-Abstimmung die gleichen Konfliktlinien wie bei den anderen Volksentscheiden zu aussenpolitischen Fragen seit 1992 (EWR). Den UNO-Beitritt abgelehnt haben Stimmende, welche sich als politisch rechts einstufen, an politischen Fragen wenig interessiert sind, nach der Grundschule oder der Berufslehre keine weiteren Ausbildungsgänge besucht haben, in ländlichen Regionen der Deutschschweiz oder im italienischen Sprachraum leben. Dabei wirkten sich die Differenzen in Bezug auf die politischen Merkmale stärker aus als die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen soziodemographischen Gruppen. Am klarsten trennte das Bekenntnis zu einer der vier Bundesratsparteien. Mitglieder und Sympathisanten der SP legten fast geschlossen ein Ja in die Urne (90%), Anhängerinnen und Anhänger der SVP fast ebenso einheitlich ein Nein

(84%). Eine deutliche Zustimmung für den UNO-Beitritt gab es bei den potentiellen FDP-Wählern (69%), während das Ja bei den CVP-Sympathisanten etwas knapper ausfiel, mit 58% aber immer noch über dem gesamtschweizerischen Mittel lag. Damit hat sich die Tendenz einer immer grösser werdenden Distanz in aussenpolitischen Fragen zwischen der SVP und den beiden anderen bürgerlichen Regierungsparteien klar bestätigt. Die SVP-Sympathisanten sind denn auch die einzige aufgrund von soziodemographischen oder politischen Kriterien gebildete Gruppe, bei welcher der Ja-Stimmenanteil im Vergleich mit der ersten UNO-Abstimmung von 1986 nicht stark zugenommen, sondern sogar abgenommen hat.

Die Analyse des Meinungswandels zum UNO-Beitritt seit 1986 ergibt einen auf den ersten Blick etwas widersprüchlichen Befund: Auf der einen Seite hat die Zustimmungsrate ausnahmslos in allen sozialen Schichten und Gruppen (Grundschul- und Universitätsabsolventen, Deutschschweiz und Romandie, Grossstädte und Dörfer, Männer und Frauen) massiv um Werte von meist 20–30 Prozentpunkten zugenommen. Auf der anderen Seite sind aber diese Zunahmen doch so unterschiedlich ausgefallen, dass sich Gräben im Abstimmungsverhalten feststellen lassen, welche 1986 noch nicht vorhanden waren. Das krassste Beispiel ist die sich in der Deutschschweiz öffnende Schere zwischen den grossstädtischen Regionen und den Landgebieten, welche sich bei der Abstimmung von 1986 noch kaum voneinander unterschieden haben. Da der Ja-Stimmenanteil in den grossen Städten der deutschen Schweiz um 36 Prozentpunkte, in den ländlichen Regionen aber nur um 20 angestiegen ist, liegt heute signifikant anderes Stimmverhalten vor. Ähnlich, wenn auch in bescheidenerem Masse (und viel schwächer als bei europapolitischen Themen), haben sich die Deutschschweiz und die Romandie voneinander weg entwickelt. Der bereits bei der ersten UNO-Abstimmung vorhandene Graben zwischen den verschiedenen Bildungsklassen ist erhalten geblieben, hat sich aber immerhin nicht weiter vertieft. Verschwunden ist hingegen der noch 1986 konstatierte Verhaltensunterschied zwischen Frauen (welche damals stärker zugestimmt haben) und Männern. Keine Bedeutung für den Abstimmungsentscheid hatte das Alter. Der Meinungsumschwung seit der letzten UNO-Abstimmung von 1986 lässt sich also nicht damit erklären, dass seither eine UNO-skeptische Altersgruppe durch eine neue, beitriffsfreundliche Generation ersetzt worden sei. Die über 60jährigen stimmten wie bereits 1986 nicht anders als die unter 40jährigen.

Bei den Befürwortern eines UNO-Beitritts stand als Entscheidmotiv die Angst vor einer politischen Isolierung der Schweiz bei einem weiteren Fernbleiben von der UNO im Vordergrund. Gut jeder zweite Ja-Stimmende erwähnte dieses Argument, von 40% wurde es an erster Stelle genannt. Dabei wurde oft erwähnt, dass ein Abseitsstehen gar nicht mehr möglich sei. Die Meinungen der Befürworter und der Gegner eines UNO-Beitritts lagen denn auch bei denjenigen Argumenten am weitesten auseinander, welche sich mit dem Ansehen der Schweiz im Ausland und eventuellen Konsequenzen daraus befassten. Vier von fünf Ja-Stimmenden, aber nur jeder sechste Beitrittsgegner waren der Überzeugung, dass vom Ausland das Abseitsstehen der Schweiz negativ beurteilt wird. Für rund einen Viertel der Befürwortenden stand nicht eine mehr oder weniger passive Anpassung an die weltpolitischen Verhältnisse im Vordergrund, sondern die Möglichkeit, dass die Schweiz aktiv ihre Solidarität beweisen und Verantwortung übernehmen soll. Viele Beitrittsgegner begründeten ihren Entscheid mit den hohen Kosten, welche der Schweiz erwachsen

würden. Noch häufiger, konkret von mehr als der Hälfte der Nein-Stimmenden, wurden nicht spezifische Argumente angeführt, sondern ein Beitritt schlicht als unnötig oder dumm beurteilt.

Im Vergleich mit der UNO-Abstimmung von 1986 fand insbesondere bei der Frage, ob ein UNO-Beitritt gegen die Neutralität der Schweiz verstösst, ein breites Umdenken statt. Während 1986 noch 54% aller Teilnehmenden diese Frage bejahten, waren es nun bloss noch 28%. Sogar die Beitrittsgegner sind diesbezüglich unsicher geworden: statt wie 1986 76% glaubten jetzt nur noch 58% an eine Neutralitätsverletzung.

## Die Initiative «für eine kürzere Arbeitszeit»

Die Volksinitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds für die 36-Stunden-Woche fand nur gerade bei Stimmenden, welche sich der äusseren Linken zuordnen, sowie bei der Anhängerschaft der SP eine Mehrheit, wobei letztere bei einem Ja-Anteil von lediglich 57% eigentlich als gespalten bezeichnet werden muss. Bei den Mitgliedern und Sympathisanten von Gewerkschaften und Angestelltenverbänden reichte es mit 44% resp. 38% Ja zwar für ein überdurchschnittlich gutes Resultat, aber nicht für eine Mehrheit. Schuld an der schlechten Akzeptanz dieser Gewerkschaftsinitiative beim eigenen Sympathisantenkreis war aber nicht die Kritik aus den eigenen Reihen in der Romandie, welche die Initiative als zu unternehmerfreundlich bezeichnet hatte. Die Ja-Anteile waren in der Romandie nicht nur allgemein, sondern auch bei den dortigen Gewerkschaftern und den sich als links einstuftenden Personen höher als in der Deutschschweiz. Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Gruppen wirkte sich nur schwach auf das Stimmverhalten aus. Am deutlichsten war der Zusammenhang mit dem Alter, wo die über 70jährigen die Initiative massiv ablehnten (nur 9% Ja) und die 30- bis 50jährigen ihr überdurchschnittlich oft zustimmten (35%). Es waren aber nicht die Verheirateten, sondern die Ledigen dieser Altersgruppe, welche die verlangte Arbeitszeitverkürzung am stärksten unterstützten. Dass Erwerbstätige der Volksinitiative häufiger zugestimmt haben als Nichterwerbstätige, ist weitgehend von der unterschiedlichen Altersstruktur der beiden Gruppen verursacht. Die Initiative der Gewerkschaften hätte wohl auch nicht besser abgeschnitten, wenn über sie nicht zusammen mit der stark mobilisierenden UNO-Vorlage, sondern an einem Abstimmungssonntag mit einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung entschieden worden wäre. Teilnehmende, welche angaben, sich nur gelegentlich an Abstimmungen zu beteiligen, wichen in ihrem Urteil über die Arbeitszeitinitiative nicht von den regelmässigen Urnengängern ab.

Bei den Befürwortern der Initiative standen als Entscheidungsmotive Vorteile für den Einzelnen resp. für sich selbst im Vordergrund. Dabei hielten sich die Erwartung von mehr Ferien und Freizeit einerseits und von mehr Zeit für das Zusammensein mit der Familie andererseits die Waage. Relativ häufig waren auch taktische Stimmabgaben, um mit einem möglichst hohen Ja-Stimmenanteil die Forderung nach einer weniger radikalen Senkung der Arbeitszeit zu unterstützen. Die Gegner machten es sich mit der Begründung ihres Entscheids etwas einfacher: fast die Hälfte von ihnen beschränkte sich auf die Angabe von allgemeinen Argumenten wie «ist schlecht», «ist unrealistisch» etc. Bei denjeni-

gen, welche spezifische Motive angaben, dominierte die Furcht, dass die schweizerische Wirtschaft an internationaler Wettbewerbsfähigkeit einbüßen könnte. Rund jeder dritte Nein-Stimmende motivierte seinen Entscheid damit, dass sich die verlangte Arbeitszeitverkürzung negativ für die Beschäftigten auswirken würde. Dabei standen drei Argumente mit je rund 10% Nennungen im Vordergrund: mehr Stress am Arbeitsplatz, Lohnneinbussen und, vor allem von Personen im Rentenalter genannt, zuviel Freizeit sei ungesund.

Das in der Abstimmungskampagne zentrale Argument der Befürworter, dass sich die von der Initiative verlangte Verkürzung der Normalarbeitszeit günstig auf das Familienleben der Betroffenen auswirken würde, schnitt von den Pro-Argumenten am besten ab. 41% der Stimmenden waren damit einverstanden. Allerdings war es wenig ausschlaggebend für den individuellen Abstimmungsentscheid: nur jede zweite Person, welche dieses Argument guthiess, legte auch ein Ja in die Urne. Die bei der Lancierung der Initiative wegleitende Idee, dass durch eine Arbeitszeitverkürzung die Arbeit auf mehr Personen verteilt würde, war nicht einmal bei der SP-Anhängerschaft und den gewerkschaftsnahen Personen mehrheitsfähig. Von den Kontra-Argumenten stiess vor allem dasjenige auf grosse Zustimmung, das vor zusätzlichem Stress am Arbeitsplatz warnte. Das Argument, dass die Normalarbeitszeit nicht wie von der Initiative verlangt vom Staat bestimmt, sondern von den Sozialpartnern ausgehandelt werden soll, war für die Stimmabgabe von gewerkschaftsnahen Personen entscheidend. Wer sich für die Priorität von Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern aussprach, lehnte die Initiative zu 67% ab, wer für staatliche Vorschriften plädiert, stimmte ihr mit einem Anteil von 70% zu.

## Zur Methode

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 3. März 2002 durch. Die Analyse der Daten wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen. Die Befragung wurde von 44 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern, und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren. Der Stichprobenumfang beträgt 1010 stimmberechtigte Personen.